

Unser Leben statt eure Profite – gegen Aufrüstung und Krieg!

Am 1. Mai 2026 stehen wir inmitten einer beschleunigten Zeitenwende: Die Kriege in der Ukraine, am Persischen Golf, in Gaza, im Libanon und anderswo zeugen von einer veränderten Weltlage. In dieser geht es wieder ganz offensichtlich um kapitalistische Machtverhältnisse, nämlich den Zugang zu Rohstoffen wie Öl, um politische und wirtschaftliche Kontrolle, um die Ausdehnung der eigenen Macht.

Auch in Deutschland ist dies zu spüren: Während der beschleunigte Abbau von Industrie-Arbeitsplätzen voranschreitet, sorgt die Bundesregierung für eine massive Aufrüstung, um bei den sich verändernden Bedingungen in der Welt nicht außen vor zu bleiben. Diese Aufrüstung - verbunden mit einer Militarisierung der ganzen Gesellschaft - wird auf Kosten der 45 Millionen Beschäftigten, ihrer Familien und der Infrastruktur gehen.

Es sei kein Geld da, rief man den Beschäftigten im Öffentlichen Dienst zu. Und so kam es in den letzten Tarifrunden bereits zu Reallohnverlust. Dies soll so weitergeführt werden. Im Herbst steht die Tarifrunde in der Metall- und Elektroindustrie an. Gleichzeitig fließen hunderte Milliarden an Rüstungskonzerne wie Rheinmetall, KNDS, Hensoldt und Co. Aber Aufrüstung wird keine Arbeitsplätze retten, sondern bereitet Vernichtung und Elend vor.

In der jüngsten Energiekrise wird deutlich, wofür die Bundesregierung Politik macht: Für die Profite ihrer Freunde in den Konzernetagen! Ministerin Reiche macht deutlich, dass sie mit ihrer Politik nur genau dieses Ziel verfolgt!

Daher müssen sich die Gewerkschaften im DGB jetzt mit aller Kraft gegen diese Politik stellen und baldmöglichst massive Proteste gegen die Politik der Bundesregierung organisieren - bis hin zu Streiks!

Dazu sollten ab sofort vorbereitende Konferenzen organisiert werden, mit Gästen aus den verschiedenen sozialen Bewegungen: Klima- und Friedensbewegung sowie politische Kräfte, die an der Seite der Beschäftigten stehen. Nur so kann eine Gegenmacht gegen die kriegstreiberische und arbeitnehmer*innenfeindliche Politik aufgebaut, und somit auch dem Erstarken der AfD ein Riegel vorgeschoben werden.

Nicht nur die CDU, sondern auch der Koalitionspartner SPD und die Gewerkschaften müssen spüren, dass der 1. Mai der Tag ist, an dem wir Stopp sagen zum Generalangriff auf unsere sozialen Rechte und tariflichen Errungenschaften!

Hände weg von unseren Feiertagen! Hände weg vom 1. Mai!

Keine Kürzungen bei der Pflege- und Rentenversicherung!

Hände weg von der Lohnfortzahlung und der Familienversicherung!

Keine Karenztage bei Krankheit!

Hände weg vom 8-Studentag! Gemeinsam für die 30-Stundenwoche!

Hände weg von unseren Tarifverträgen!

Löhne rauf - Rüstung runter! Nie wieder Wehrpflicht! Nie wieder Krieg!

Am 1. Mai raus auf Straßen und Plätze!



Mach mit bei der Vernetzung für kämpferische Gewerkschaften!

Weitere Infos über die VKG unter:
<https://vernetzung.org/>